



Landtagsklub-News

17. November 2022



Themen-Übersicht:

SPÖ-Druck zahlt sich aus – KinderPROgramm wird teilweise umgesetzt.....	3
Blau-gelber Kinderbetreuungsbonus wurde erneut abgelehnt	4
SPÖ präsentiert am 23.11. das WohnPROgramm für Niederösterreich.....	4
Weitere Themen der Landtagssitzung	5

SPÖ-Druck zahlt sich aus – KinderPROgramm wird teilweise umgesetzt

Am 19. Jänner 2022 hat die SPÖ NÖ ihr **KinderPROgramm für Niederösterreich** präsentiert und seitdem für **Verbesserungen** in der Kinderbetreuung gekämpft – und das mit Erfolg: Denn in der Landtagssitzung vom 17.11. wurde beschlossen, dass mit der Novellierung des NÖ Kindergartengesetzes sowie des NÖ Kinderbetreuungsgesetzes ab 2024 einige Punkte umgesetzt werden.

„Heute ist ein guter Tag für die Familien in Niederösterreich!“, freute sich **LHStv. Franz Schnabl**: „**Gemeinsam mit den unzähligen Familien** in unserem Bundesland haben wir es geschafft, für **Verbesserungen** im niederösterreichischen Kinderbetreuungssystem zu sorgen!“

Wichtigste Änderungen:

- Eintrittsalter in die NÖ Landeskindergärten wird auf 2 Jahre gesenkt
- Reduktion der Schließtage auf max. 15 Tage pro Jahr
- Verkleinerung der Gruppengrößen

„Dennoch gibt es weiterhin viel zu tun!“, merkte **Familiensprecherin LAbg. Mag. Kerstin Suchan-Mayr** an und forderte vehement eine **gratis Nachmittagsbetreuung**, um Eltern eine echte Wahlfreiheit zu garantieren: „Denn ohne einer kostenlosen Nachmittagsbetreuung werden speziell Frauen weiterhin dazu gezwungen, zu Hause zu bleiben



oder einen schlecht bezahlten Teilzeitjob anzunehmen! Eine Altersarmut bzw. eine verstärkte Abhängigkeit vom Partner sind für die Zukunft somit vorprogrammiert! Will **Niederösterreich** tatsächlich zu einem **Familienbundesland** werden, dann geht sich das nur mit einer gratis Nachmittagsbetreuung aus!“

Ein Resolutionsantrag der SPÖ umfasste zudem auch wichtige Punkte, wie etwa das Angebot von **Englisch im Kindergarten** oder die **Sicherstellung der Inklusion von Kindern mit Behinderung** – dieser Antrag wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Blau-gelber Kinderbetreuungsbonus wurde erneut abgelehnt

Im Juni 2022 hat die SPÖ gemeinsam mit den NEOS den blau-gelben Kinderbetreuungsbonus präsentiert. Hiermit soll all jenen **Familien** und **Alleinerziehenden**, welche zumindest ein Kind in Landeskindergärten in Nachmittagsbetreuung haben, der landesgesetzlich vorgeschriebene Betrag von mindestens **50 Euro pro Kind und Monat** refundiert werden. Das würde für Familien in Summe 600 Euro pro Jahr und Kind für das Kindergartenjahr 2022/23 bedeuten.

Familiensprecherin **LAbg. Mag. Kerstin Suchan-Mayr**, drängte im Plenum zum wiederholten Male auf eine **Entlastung** für die unzähligen niederösterreichischen Jungfamilien und Alleinerziehenden: „Der blau-gelbe Kinderbetreuungsbonus hilft rasch und unbürokratisch und ist eine moderne, treffsichere Variante, um 34.000 Kinder und deren Familien zu entlasten!“

Der Antrag wurde nur von der ÖVP NÖ abgelehnt.



SPÖ präsentiert am 23.11. das WohnPROgramm für Niederösterreich

„**Wohnen darf keinesfalls zum Luxus werden!**“, erklärte **Wohnsprecher LAbg. Gerhard Razborcan** im Plenum und zeigte sich zufrieden, dass es mit der Aktuellen Stunde der SPÖ in der vergangenen Landtagssitzung gelungen sei, eine **umfassende Debatte rund um das Thema Wohnen** anzustoßen.

Zahlreiche Anträge befanden sich in der aktuellen Landtagssitzung auf der Tagesordnung, wobei die ÖVP NÖ per §34 wieder inhaltlich gute Vorschläge zu nichtssagenden Anträgen umfunktionierte, die letztendlich zu keinen Verbesserungen führen.

Aus diesem Grund kündigte Razborcan an, dass die SPÖ ein umfassendes **WohnPROgramm für Niederösterreich** zeitnah vorstellen wird: „Es braucht jetzt auf der Stelle einen **Plan!** Wir haben ihn und den wird unser **Landesparteivorsitzender, LHStv. Franz Schnabl**, am 23. November präsentieren!“

Weitere Themen der Landtagssitzung

Integrationssprecherin LAbg. Kathrin Schindele attestierte der ÖVP bei der Aktuellen Stunde zum Thema **Asyl ein Versagen auf allen Ebenen** und forderte eine **menschenwürdige Unterbringung** für all jene, die sich aktuell in unserem Land befinden: „Wir verlangen, dass **leerstehende Bundes- und Landesgebäude**, für welche langfristige Verträge abgeschlossen wurden, vorübergehend für die flüchtenden Menschen geöffnet werden, damit Zustände von überfüllten Massenlagern, wie wir sie aktuell in Traiskirchen sehen, schnellstmöglich der Vergangenheit angehören! Für die SPÖ gilt weiterhin das Motto **„Integration vor Zuzug“** und Situationen, wie sie unlängst in Linz geschehen sind, sind absolut zu verurteilen! Dabei muss jedem bewusst sein, dass man das **Aufenthaltsrecht verwirkt** hat, wenn man derart straffällig wird und mit dem österreichischen Gesetz in Konflikt gerät!“

Im Zuge der **unaktuellen Stunde** der ÖVP bzgl. Staatsbürgerschaften **erklärte LAbg. Hannes Weninger**, dass für die SPÖ die Kriterien zur Erlangung der Staatsbürgerschaft vollkommen klar sind: „**Absolute Unbescholtenheit**, ein **gesicherter Lebensunterhalt**, der Nachweis von **guten Deutschkenntnissen** und ein **uneingeschränktes Bekenntnis zur Demokratie** und zu den **Grundprinzipien der österreichischen Bundesverfassung** sind die Parameter zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Daran ist nicht zu rütteln!“ Der ÖVP richtete Weninger aus, dass man unaufgeregt über dieses Thema diskutieren sollte, anstatt im Vorwahlkampf Hass und Hetze zu verbreiten.

Zum Tagesordnungspunkt betr. NÖ Sozialbericht 2021 brachte die SPÖ unter anderem einen **Resolutionsantrag für einen Heizkostenzuschuss für alle Ein-Elternhaushalte** in Niederösterreich ein. **LAbg. Mag. Karin Scheele** forderte im Plenum, dass alle 26.400 Ein-Eltern-Haushalte die Möglichkeit bekommen müssen, den Heizkostenzuschuss von 300 Euro beantragen zu können: „Dass viele **Alleinerziehende** in Niederösterreich vom **Heizkostenzuschuss** ausgeschlossen sind, weil deren Einkommen den jeweiligen Ausgleichszulagenrichtsatz überschreitet, muss schnellstmöglich der Vergangenheit angehören!“ Der Resolutionsantrag wurde von der ÖVP abgelehnt.